



Rede von Pit Clausen,

Vorsitzender des Städtetages Nordrhein-Westfalen
und Oberbürgermeister der Stadt Bielefeld,
anlässlich der Mitgliederversammlung des
Städtetages Nordrhein-Westfalen
am 2. Juni 2022 in Essen

„Lebenswertes Zuhause: Die Städte in NRW“

SPERRFRIST: Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

I. Einstieg – Eine Zeit der Krisen

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

lassen Sie mich einen Blick zurückwerfen - auf 2 Jahre Vorsitz im Städtetag. Auf 2 Jahre, in denen sich so Vieles so grundlegend verändert hat. Wir hören den Satz dieser Tage immer wieder – „**Wir erleben eine Zeitenwende.**“ Weil sich vieles verändert, müssen auch wir in den Städten überprüfen, wo und wie eine Anpassung unserer Arbeit erforderlich oder geboten ist.

Die **Corona-Pandemie** hat alle Bereiche des Lebens getroffen. Wir haben die Bilder noch vor Augen – die vollen Krankenhäuser, die menschenleeren Straßen im Lockdown. Die geschlossenen Theater, nur die Supermärkte geöffnet, kein Kinderlachen auf Schulhöfen oder in Kitas. Kein öffentliches Leben, kein Miteinander.

Das hat uns als Städter besonders geschmerzt. Denn es fiel weg, was unsere Städte ausmacht. Das pulsierende Leben: Aktion, Handel, Begegnung, Alles weg! Was haben wir gemacht? Wir haben gemacht, was wir immer machen – wir haben die Ärmel hochgekrempt und losgelegt.

Coronaschutzverordnungen über Nacht umgesetzt. Krisenstäbe eingerichtet. Impfzentren aus dem Boden gestampft. Haben erklärt, um Verständnis geworben, getröstet.

Das war unsere Realität. Und das ist unsere Stärke. Wir sind da für die Menschen in unseren Städten. Und wir machen weiter. Denn wir wissen, die Pandemie ist noch nicht vorbei.

Im Februar dieses Jahres wurde Realität, was ich - und ich denke auch Sie - nicht für möglich gehalten hätten. **Krieg in der Ukraine.** Ein Krieg in Europa. Wenn wir sehen, wie Menschen ihr Zuhause, ihr Leben verlieren, erschüttert uns das bis ins Mark.

Unsere Welt hat sich verändert. Frieden ist nicht mehr selbstverständlich. Und was können wir tun?

Wir können den Menschen Zuflucht geben, ein Zuhause. Wir schicken Hilfstransporte, wir stehen fest an der Seite unserer Partnerstädte. Wir sagen laut und deutlich, dass wir den russischen Angriffskrieg aufs Schärfste verurteilen.

Mehr als 150.000 Menschen sind bis jetzt zu uns nach Nordrhein-Westfalen gekommen. Das sind die Menschen, die registriert sind. Es sind wahrscheinlich noch mehr. Es sind so viele wie im Flüchtlingsjahr 2015 – mit dem Unterschied, dass sie nicht über 12 Monate verteilt einreisten, sondern innerhalb von sechs Wochen da waren. Die Aufnahme und das Ankommen der Menschen in unseren Städten war ein **Kraftakt**. Aber wir haben auch das geschafft. Weil wir in unseren Städten eine großartige Hilfsbereitschaft fanden. **Viele Menschen helfen und wollen helfen, weil sie damit ihre Verachtung gegen den Angriffskrieg Putins ausdrücken können.**

Als wir ab Ende Februar in unseren Städten Unterkünfte geschaffen haben, geflüchtete Menschen aufgenommen und versorgt haben, fehlte uns jeder Ordnungsrahmen für unser Tun. Wir wussten nicht, wann kommen wie viele wohin? Es gab keine Registrierung der Einreisenden, keine Verteilung, keine Zuständigkeiten, keine Verantwortlichkeiten, keine Finanzierungsregelungen. Auf jede Frage bekamen wir in dieser Phase aus den Ministerien entweder keine Antwort oder gleich drei verschiedene. Das ist jetzt alles besser, aber vor drei Monaten war das so.

Wir haben in den Städten einmal mehr gezeigt: **wenn es drauf ankommt, sind wir da**. Packen an und machen. Das können wir. Unser Handeln gibt den Menschen in der Krise Orientierung und Zuversicht.

II. Zusammenhalt im Verband

Die Städte sind die **Problemlöser vor Ort**. Wir bieten unsere Erfahrung immer wieder denjenigen an, die auf Bundes- und Landesebene die Dinge regeln. Das machen wir auch im Eigeninteresse. Nichts ist schlimmer als gut gemeinte aber schlechte Regelungen.

Ein aktuelles Beispiel ist die einrichtungsbezogene Impfpflicht. Gut gemeint, aber völlig verkorkst geregelt. Viele solcher Beispiele könnten wir nennen.

Bund und Land bleiben zu oft in ihrer eigenen Blase. Sie versäumen es immer wieder, unsere Anwendungs- und Umsetzungskompetenz auch zu nutzen. Ich weiß, auch im Bund und Land war Krise. Aber unser Appell ist klar: **Überschätzt Euch nicht, Ihr braucht die Städte**. Bindet uns früher ein. Wir sind verlässliche Partner. Wir wissen, wie es vor Ort geht. Dieser Appell gilt auch weiterhin.

Der Städtetag bot für uns kommunale Praktiker gerade in den Hochzeiten der Krise eine **wichtige Plattform**. Hier bekamen wir die aktuellsten Informationen und vor allem hier konnten wir uns austauschen, voneinander lernen, was wir machen können. Das gab uns allen Orientierung.

Was mich stolz macht als Vorsitzender des Städtetages: **Wir haben zusammengehalten** in dieser Zeit. Die Städte im Land sind unterschiedlich groß, sind finanziell unterschiedlich ausgestattet, werden mit unterschiedlicher Parteifarbe geführt. Und dennoch - Wir haben uns nicht spalten lassen. Und das alles haben wir geschafft, obwohl wir uns lange nur in Kacheln virtuell gesehen haben.

Meine Damen, meine Herren,

die Städte haben mit einer Stimme gesprochen. Unser Band ist nie verlorengegangen. Im Gegenteil, wir sind zusammengerückt. Heute sitzen wir hier – in Essen in der Philharmonie und ich freue mich, Sie live und in Farbe zu sehen. Das tut gut. Das ist Verband.

III. Große Aufgaben liegen vor uns: Krisenfestigkeit, Transformation, Zusammenhalt

Die Krisen sind nicht vorbei. Manche Krisenerscheinung wird zum Dauerzustand. Corona wird nicht verschwinden. Wir müssen lernen, damit zu leben. Kriegsbedingte Zuwanderung nach Deutschland wird nicht enden. Die Globalisierung wird sich als Megatrend abschwächen. Und die Extremwetterlagen werden uns öfter treffen. Die Liste ließe sich leicht fortsetzen.

Die Zeiten haben sich geändert. Darauf müssen wir uns auch vor Ort in den Städten einstellen. Für **drei Schlussfolgerungen** will ich heute werben:

- Städtische Angebote und die Organisation „Stadt“ müssen **krisenfest** aufgestellt werden
- Wir müssen die Veränderungen annehmen und die **Chancen im Wandel nutzen**
- Und wir müssen als Städte weiter **zusammenhalten**

IV. Krisenfestigkeit

Krisenfest heißt, darauf vorbereitet zu sein, auch mit Unerwartetem umzugehen. Wir wissen alle, die nächste Pandemie wird kommen, genauso wie das nächste Extremwetter oder die nächste Zuwanderung. Aber wir wissen eben nicht wann, wo und in welchem Ausmaß. Das gilt auch für Cyberattacken, technische Katastrophenfälle oder Terroranschläge.

Was brauchen wir in den Städten, um darauf vorbereitet zu sein? **Beinfreiheit und Handlungsfähigkeit!**

Beinfreiheit heißt so viel dezentrale Regelungshoheit wie möglich und nur so viel zentrale Vorgaben wie erforderlich. Diese Faustformel entfesselt die kommunale Umsetzungskompetenz. Sie ermöglicht differenziertes Vorgehen bei verschiedenen Lagen in unterschiedlichen Städten. Die zentralistische Regelungswut mancher Fachministerien gehört im Krisenfall ausgesetzt.

Handlungsfähigkeit heißt insbesondere auskömmlich grundfinanziert. Daran fehlt es bei den NRW Städten inzwischen seit Jahrzehnten. Das hemmt und blockiert. Und das können wir uns in einer Zeit der sich verfestigenden Krisen nicht mehr leisten.

Kaum eine Großstadt in NRW hat einen originär ausgeglichenen Haushalt. Die NRW Städte ächzen unter der Hälfte der kommunalen Gesamtschulden in Deutschland. Unsere Handlungsfähigkeit wurde in den letzten Jahren nur scheinbar erreicht. **Kreditierte Schlüsselzuweisungen oder Coronahaushaltsisolierungen sind aber keine nachhaltigen Lösungen.** Das holt uns ein und wenn die Zinsen erst mal wieder steigen, werden die Städte reihenweise in die Haushaltssicherung zurückfallen. **Wir brauchen eine Altschuldenlösung, die echte Übernahme der Coronalasten und den Abschied von kreditierten Alibihilfen. Ich wünsche mir, dass das im Koalitionsvertrag steht, der gerade in Düsseldorf verhandelt wird.**

Wir wollen in gute Infrastruktur und den digitalen Wandel investieren. Wir wollen für die Klimaanpassung und für mehr Cybersicherheit arbeiten. Wir bieten unsere kommunale Power an. Wir haben die Erfahrung und die Kompetenz vor Ort. **Liebe Landesregierung : bitte entfessele uns! Das schafft mehr Problemlösung als hundert neue Projekte.**

V. Transformation

Aber meine Damen und Herren, eines gehört auch zur Wahrheit: In manchen Krisen liegen auch Chancen. Wir lernen, wir finden neue Wege, wir probieren einfach mal aus. Hätten wir vor 2 Jahren gedacht, dass wir digitale Ratssitzungen machen oder Videosprechstunden für die Bürgerinnen und Bürger anbieten?

Städte können Wandel. Wir lieben es, zu gestalten. Gute lebenswerte Städte für die Menschen vor Ort zu schaffen. Das meine ich, wenn ich von Transformation, von Veränderung, von Umbau spreche.

Chancen der Digitalisierung

Wir haben einen Digitalisierungsschub erlebt. Ganze Verwaltungen, Unternehmen, Branchen waren plötzlich im **Home Office**. Wir waren gezwungen, es zu probieren. Das war gut. Es hat die Arbeitswelt vielleicht für immer verändert.

Auch das Lernen der **Schülerinnen und Schüler** musste von heute auf morgen umgestellt werden. Dabei haben wir gesehen: Wo andere Länder auf der Überholspur sind, fahren wir zu langsam. Wir erleben es jetzt mit den Kindern aus der Ukraine – viele lernen digital – die Lehrerinnen und Lehrer selbst auf der Flucht oder noch in der Ukraine unterrichten. Die Ukraine schafft im Krieg, was wir im Frieden nicht schaffen. Bei uns funktionieren nach 2 Jahren Pandemie digitale Lernräume noch immer nicht richtig. Wir stellen uns weiterhin die Frage, wer den Support, die Betriebskosten, die Ersatzbeschaffungen für die Tablets bezahlt. Moderne Bildung darf nicht an diesen Fragen scheitern. Wir sollten nicht an der Zukunft unserer Kinder sparen.

Und natürlich müssen auch wir uns in unseren Rathäusern besser aufstellen. Wir wollen nicht mehr ellenlange Anträge drucken, heften, per Umlaufmappe schicken. Wir wollen schnell, lebensnah und pragmatisch sein. Das Land muss die Mittel, die im Koalitionsvertrag auf Bundesebene für die **Digitalisierung der Verwaltung** in den Kommunen zugesagt wurden, an die Kommunen weitergeben. Nur so geht es.

Digitalisierung geht aber weit über das OZG hinaus. Die Stadt der Zukunft ist eine vernetzte Stadt. Eine **Smart City mit Technologien**, die die Bedürfnisse der Menschen in den Mittelpunkt stellen und Ausgangspunkt politischen Handelns sind.

Mobilität / Verkehrswende

Digitale Vernetzung ist auch das Stichwort für **moderne Mobilität**. Informieren, Buchen, Bezahlen - all das muss mit einem Klick gehen. Wir brauchen moderne Fahrzeuge, attraktive Verbindungen, flexible Preismodelle. Nur so werden mehr Menschen auf Busse und Bahnen umsteigen.

All das gibt es nicht zum Nulltarif. Es ist es wichtig, dass Investitionen nicht nur möglich sind, wenn der Bund gerade die Mittel dafür bereitstellt. Es braucht **dauerhaft verlässliche Rahmenbedingungen**, wenn wir es ernst meinen mit dem Wandel, mit dem Klimaschutz.

Klimaschutz und Energiewende

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

gerade hat die Weltwetterorganisation der UN gesagt, wir schaffen die 1,5 Grad nicht. Mit ein bisschen Glück schaffen wir die 2 Grad. Und? Berührt uns das alle so, wie es das müsste? Ukraine war auch ein grausamer Wachrüttler. Wir müssen schneller weg von fossiler Energie, mehr für den Klimaschutz tun.

Ein unglaubliches Tempo wird an den Tag gelegt. Und das muss ja auch mal gesagt werden: Respekt vor denen, die dort die Entscheidungen treffen müssen im Land. In Berlin, aber jetzt auch in der neuen Regierung. Ich möchte nicht immer in deren Haut stecken.

Denn klar ist doch: wenn wir erneuerbaren Energien voranbringen wollen, dann wird das auch weh tun. Beschleunigen und Vereinfachen sagt sich so schön leicht. Planer, Naturschützer, Landwirte oder Städter. **Wir alle werden uns bewegen müssen.**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es treibt mich und sicher auch Euch sehr um: Die Energiekrise trifft unsere kommunalen Unternehmen, allen voran die **Stadtwerke**. Ich verstehe, dass der Blick in der jetzigen Lage nicht immer auf die kommunalen Versorger fällt. Aber, was nicht geht ist, dass wir gut genug sind für die Flatrate Versorger herzuhalten, es dann aber egal ist, wenn ein, zwei über die Klinge springen. Liebes Land, lieber Bund: diese Rutschbahn ist sehr gefährlich. Denn am Ende ist das eben nicht nur das Stadtwerk, die Verkehrsbetriebe, die Bäder hängen mit dran. Sie kennen das. Und damit das klar ist, wir wollen doch gar kein Geld um uns die Taschen voll zu stopfen oder weil wir schlecht gewirtschaftet haben. Wir wollen Sicherheiten, falls es wirklich richtig eng wird.

Stadt im Wandel: Innenstädte / Zentren

Wenn wir über Daseinsvorsorge sprechen, sprechen wir darüber, was die Menschen zum Leben brauchen. Was die Menschen in unseren Städten brauchen. Neben den praktischen Dingen des Alltags, wie die Stromversorgung, das saubere Wasser aus dem Hahn oder die Müllabfuhr ist es auch der Bus vor der Tür, die Schule, die Bibliothek, das Krankenhaus, das Schwimmbad. Und ja, auch das Geschäft nebenan. Die Lehren aus der Pandemie sind klar: Wir müssen Städte neu denken. Wohnen, Shoppen, Arbeiten, der Arztbesuch, das Handwerk, das Theater, Working-Spaces oder Pop-up-Stores. Die berühmte **15-Minuten-Stadt** werden wir nicht immer erreichen. Aber sie **sollte Vision sein**. Die

europäischen Städte waren schon immer mehr als bloße Handelsplätze. Sie sind auch Schauplätze, Kommunikationsplattform, soziales und kulturelles Erlebnis.

Um gestalten zu können, braucht es nicht nur gute Ideen. Förderprogramme wie die des Bundes und des Landes kurbeln an, werden uns auf Dauer aber nicht helfen. 100 Millionen Euro Landesmittel für die Innenstädte sind kein Pappentier, aber es reicht trotzdem nicht. Stadtentwicklung ist ein Marathon. Und auch hier wünsche ich mir **mehr Beifreiheit für städtische Planer**. Das geltende Nachbarschaftsrecht und das geltende Verkehrsrecht behindern die nötigen Veränderungen. Und mit einer **gesunden Grundfinanzierung** könnten wir die Kultur unterstützen, Städtebauentwicklung vorantreiben und bezahlbares Wohnen sichern. Wir wollen Städte als Lebensorte. Wir wollen Städte für Menschen.

VI. Zusammenhalt

Meine Damen und Herren,

ich komme zu meinem letzten Stichwort vielleicht der Kern von allem: **Zusammenhalt**.

Wir sind als Gesellschaft auf die Probe gestellt. Das waren wir schon immer, wenn wir in die Geschichtsbücher schauen. Mal mehr, mal weniger. Und darin liegt auch das Potenzial, sich als Gesellschaft immer weiterzuentwickeln. Wenn es bequem wird, kommt man nicht voran. Aber ich bin auch besorgt.

Die vergangenen Jahre, Monate, Wochen – sie haben das Fundament des Miteinanders ins Wanken gebracht. Menschen sind frustriert, desorientiert, vor allem aber erschöpft und leider oft sehr wütend. Proteste nehmen zu – friedlich, aber auch nicht friedlich.

Beteiligung und Teilhabe sind gut. **Demokratie** braucht Streit. Aber sie **braucht vor allem Respekt**, Toleranz und Wertschätzung des Gegenübers. Jeder und jede zweite Bürgermeisterin und Bürgermeister wurde schon einmal beleidigt, bedroht oder tätlich angegriffen. Fackelaufmärsche, Angriffe, Bedrohungen. Ich bin sicher, die Zahlen liegen ähnlich bei Ihnen, liebe Ratsmitglieder. Wenn Sie selbst noch nicht betroffen waren, ist es wahrscheinlich aber die Person, die gerade rechts oder links von Ihnen sitzt.

Wir müssen **zu einem besseren Miteinander kommen**. Dafür gibt es kein einfaches Rezept. Aber wir haben Zusammenhalt ja auch immer wieder bewiesen: Nachbarschaftshilfe während der Pandemie, Gemeinsame Aufbauarbeiten nach der Flut, private Wohnangebote für Geflüchtete aus der Ukraine. Wir können das doch – zusammenhalten. Das müssen wir selber wertschätzen und feiern. Best practice ermuntert und macht Mut.

Das Gemeinwohl ist ein kostbares Gut. Es darf nicht ausgespielt werden gegen das Wohl des Einzelnen. Es kann nur gemeinsam gehen.

Unsere Aufgabe als Städte ist klar: Wir sind da für unsere Bürgerinnen und Bürger. Wir hören zu. Wir geben Sicherheit. Wir sind Heimat. Und wir zeigen auch Haltung.

Darum bleibe ich zuversichtlich: wir werden den Zusammenhalt schaffen. Für die Mehrheit in unseren Städten, die ein friedliches Miteinander wollen.

VII. Schluss

Ich komme zum Schluss, liebe Kolleginnen und Kollegen. Meine Zeit als Vorsitzender endet heute.

Ich sage von ganzem Herzen und mit ganz viel Freude: **Danke**, dass Sie mir in den letzten acht Jahren, in denen ich das Amt des Vorsitzenden oder des stellvertretenden Vorsitzenden innehatte, vertraut haben. Danke, dass Sie mitdiskutiert, mitgewirkt haben. Ihr Interesse und ihr Engagement hält den Städtetag auf Trab.

Ich danke den **Kolleginnen und Kollegen im Vorstand**. Die Mitarbeit in diesem Gremium war mir eine Ehre und Freude. Ich habe immer wieder neues dazu gelernt. Und es stimmt schon: der Städtetag ist die beste Selbsthilfegruppe für Obs.

Und ein besonderes **Dankeschön an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstelle**. Alle reißen sich ein Bein für uns aus – bildlich gesprochen. Und der verbreitete kölsche Slang ist auch süß.

Lassen Sie uns selbstbewusst auf die kommende Landesregierung zugehen. Im Einzelnen, Sie in ihren Städten und natürlich hier im Verband, als **Stimme der Städte in NRW**, dem schönsten Bundesland in dieser Republik. Glück auf!